



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 19. März 2018  
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

### **Petition “Finanzielle Schwierigkeiten im Kanton Luzern - VVL und VBL” / Staatskanzlei**

Für die Kommission Verkehr und Bau (VBK) spricht Kommissionspräsident Rolf Bossart.

Rolf Bossart: Die am 20. November 2017 eingereichte Petition verlangt, verschiedene Buslinien und Bushubs anders zu organisieren. Neue Antriebssysteme seien zu prüfen und zu berücksichtigen. Der Petitionär ist überzeugt, dass letztlich auch finanzielle Mittel eingespart werden können. Der Petitionär wurde zur Sitzung vom 23. Februar 2018 eingeladen und konnte sein Anliegen im Beisein der zuständigen Vertreter des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartementes und des Verkehrsverbundes Luzern (VVL) vorbringen. Die Zuständigkeit für die vorgebrachten Anliegen betreffen den VVL, welchem das konkrete Angebot im öffentlichen Verkehr obliegt. Die Argumente des Petitionärs sind die folgenden: Das Geld für den öV sei nicht aus dem Fenster zu werfen. Viele Bushaltestellen würden kaum bis gar nicht benutzt. Viele Bürger könnten den geplanten Bushub in Ebikon nicht nachvollziehen, umso mehr ja ein voll ausgebauter Bushub 1 Kilometer nach der Luzerner Grenze in Rotkreuz existiere. Eine Zusammenarbeit sei dringend notwendig und erst noch kostensparend. Der Seetalexpress beispielsweise sei sehr gut ausgebaut und diene der Sache. Der angedachte 7-Minuten-Takt bei der Mall of Switzerland sei übertrieben. Alternativantriebe würden wohl zu wenig, wenn überhaupt, geprüft. Er habe unzählige Stunden mit vielen Bürgerinnen und Bürgern, aber auch mit Vertretern des VVL gesprochen, und man habe für diese Anliegen ein offenes Ohr.

Feststellungen und Folgerungen: Die Anliegen des Petitionärs wurden entgegengenommen. Im Vorfeld wurden, wie bereits bekannt, die alternativen Antriebssysteme geprüft. Auch in den Städten wird weiterhin auf das bewährte System gesetzt. Testbetriebe zeigen noch zu wenig positive Ergebnisse. Andere alternative Antriebssysteme sind mittel- bis langfristig durchaus vorstellbar. Vorgaben zum Kostendeckungsgrad bestehen und sind ebenfalls sicherzustellen. Seitens des VVL wurde dem Petitionär angeboten, sich mit ihm in Verbindung zu setzen, um ihm Einsicht in das ganze Zahlenmaterial gewähren zu können, insbesondere in die Ein- und Umsteigezahlen. Bei der Beratung des öV-Berichts nimmt der Kantonsrat zudem seinen Teil der strategischen Verantwortung wahr. Eine weitere Einflussnahme – etwa auf einzelne Linien wie vom Petitionär gefordert – kann der Kantonsrat nicht nehmen, und es ist auch keine solche angezeigt. Die VBK beantragt, die Petition im Sinn der genannten Feststellungen und Folgerungen zur Kenntnis zu nehmen.

Der Rat stimmt dem Antrag der VBK, die Petition im Sinn ihres Berichts zur Kenntnis zu nehmen, mit 107 zu 0 Stimmen zu.